

Rot-Rot-Grünes Modellprojekt für den Bund, hat sich bereits nach einer Woche erledigt

Es sollte ein Modellprojekt für die Bundestagswahlen 2017 werden. Rot-Rot-Grün. Auch wenn dieses Bündnis bei allen Meinungsforschungsinstituten gegenwärtig nicht mehr als 43 Prozent zusammenbringt. Innerhalb aber nur weniger Tage hat Berlin bewiesen, dass dieses Modell nicht funktionieren kann. Die LINKE in Berlin führt uns vor, dass Mehrheitsentscheidungen in einer Koalition nichts zu suchen haben. Wenn sich SPD und Grüne für eine Ablösung des Baustaatssekretärs Andrej Holm aussprechen und die LINKE nicht will, dann wird das nichts.

Die von Senatorin Katrin Lompscher, in dessen Verwaltung Holm tätig ist, vorgetragene Argumente klingen alle ganz nett, haben aber mit Realpolitik nichts zu tun. Es sei eine „wichtige Diskussion“ und es müsse sich zeigen, „ob die Zeit reif ist, differenzierter damit umzugehen“, oder ob man sich „von der öffentlichen Meinung treiben lässt“, und jeder habe ja ein „Recht auf Unschuldsumutung und menschlichem Umgang...“ (*Quelle: RBB Abendschau*).

Ich weiß nicht, ob wir in Berlin die Zeit haben, uns mit diesen Sozialarbeiterargumenten auseinanderzusetzen. Herr Holm hat falsche Angaben zu seiner Stasi-Tätigkeit gemacht, und es ist egal, ob wissentlich oder unwissentlich. Wer verkehrt herum in eine Einbahnstraße fährt, kann sich auch nicht damit rausreden, das Schild nicht gesehen zu haben.

„Die Koalition wird keine Personen, die direkt oder indirekt mit dem Sicherheitssystem der DDR zusammengearbeitet haben, in Positionen dieser Regierung entsenden.“ Dieser entscheidende Satz aus der Rot-Rot-Grünen Koalitionsvereinbarung von Thüringen fehlt in der Berliner Fassung. Schade. Dann wäre uns dieser unappetitliche Vorgang erspart geblieben.

Es ist schon gar nicht mehr wichtig, was Herr Holm bei der Stasi gemacht hat, hauptamtlich, ehrenamtlich, was auch immer und in oder für welche linksradikalen Organisationen er später tätig war, der Schaden, den seine Ernennung zum Staatssekretär für die neue Berliner Landesregierung verursacht hat, ist jetzt schon enorm. Man kann doch keinem Menschen vermitteln, dass erst jetzt verschiedene Überprüfungen zu seiner Person stattfinden. Ob ein Kandidat geeignet ist oder nicht, prüft man vorher

und nicht nachdem er bereits im Amt ist. Bauen ist eines der wichtigsten Vorhaben des neuen Senats. Da können wir uns keinen Staatssekretär auf Abruf leisten. Es muss jetzt angefangen werden, die entsprechenden Konzepte umzusetzen. Und das kann nur mit einem unbelasteten Spitzenpolitiker erfolgen. Das ist Herr Holm eben nicht. Und wenn man dies sagt, ist das keineswegs ein schlechter menschlicher Umgang.

Frau Lompscher hat sich mit dem Festhalten an Andrej Holm selbst nachhaltig diskreditiert. Sie sollte sehr vorsichtig sein, denn im Strudel der Ereignisse könnte am Ende auch ihr Rücktritt stehen. Am Rückzug von Andrej Holm kann überhaupt nicht gezweifelt werden. Wenn er selbst etwas Gutes für den neuen Senat tun möchte, sollte er noch vor Weihnachten zurücktreten.

Der ganze Vorgang hat innerhalb der ersten Woche nach Regierungsbildung gezeigt, dass der schöne Satz von der „Richtlinienkompetenz“ des Regierenden Bürgermeisters ein stumpfes Pappschwert ist. Nicht in der Senatskanzlei wird die Stadtpolitik koordiniert, sondern im Koalitionsausschuss. Dieser Ausschuss ist alles, nur kein Verfassungsorgan.

Wie viel Macht der Regierende Bürgermeister hat, zeigt auch das Beispiel der Personalie Franz Allert. Wir erinnern uns: Chef des Landesamtes für Gesundheit und Soziales. Die Abkürzung LaGeSo wurde im Zeichen der Flüchtlingskrise zum Gespött in allen Kabarettsendungen. Michael Müller ließ ihn absetzen, jetzt ist er wieder da und nimmt ab 1. Januar 2017 seinen Dienst im LaGeSo, das jetzt nicht mehr für Flüchtlinge zuständig ist, wieder auf. Erinnern wir uns auch an den großen deutschen Kabarettisten Dieter Hildebrandt (1927-2013), der angesichts solcher Vorgänge zu sagen pflegte: „Da kann man sich doch nur noch an den Arsch fassen, weil der Kopf zu schade wäre!“

Und erinnern wir uns am heutigen 18. Dezember an Willy Brandt, der vor 103 Jahren das Licht der Welt erblickte. „Mehr Demokratie wagen!“, war der Schlüsselsatz aus seiner Regierungserklärung am 28. Oktober 1969. „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört“, sagte Brandt nach dem Mauerfall fast genau 20 Jahre später auf den Stufen des Rathauses Schöneberg. Mehr Demokratie wagen wir nicht, und es fördert auch nicht das Zusammenwachsen, wenn wir ehemalige Feinde der Demokratie in die Regierung berufen. Ich dachte, dass so etwas nach den Fehlentscheidungen von Konrad Adenauer heute nicht mehr möglich sein könnte.

Ed Koch